

Von: marcus.weinberg@bundestag.de  
Betreff: RE: Was passiert nach der Wahl? Karten auf den Tisch!  
Datum: 24. September 2009 13:57:03 GMT+01:00

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Ihre über die Attac-Plattform versandte E-Mail zum Thema „Was passiert nach der Wahl? Karten auf den Tisch!“ habe ich erhalten. Ich bitte Sie sehr herzlich um Verständnis, dass ich Ihnen aufgrund der Vielzahl an Mails, die mich zu diesem Thema erreicht haben, eine Mail ohne persönliche Anrede, die ich zeitgleich an die mehreren hundert anderen Internetnutzer, die mich in diesem Punkt angeschrieben habe, schicke.

In Ihrer E-Mail stellen Sie eine Reihe von Hypothesen auf, die Attac nicht verifiziert. Richtig ist allerdings, dass sich die CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm 2009 bis 2013 intensiv mit den Herausforderungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auseinandersetzen und mit konkreten Vorschlägen und Maßnahmen dazu beitragen wollen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat eine Fülle von Ursachen. Trotz ihrer ganzen Komplexität lassen sie sich auf einen zentralen Kern zurückführen: auf das Fehlen eines soliden Ordnungsrahmens und auf individuelle Verantwortungslosigkeit.

Kreditvergabe, Geldpolitik, Risikovorsorge, Finanzprodukte – wenn all dies ohne den erforderlichen Ordnungsrahmen und das notwendige Verantwortungsbewusstsein stattfindet, wenn Verantwortungslosigkeit infolgedessen sogar noch mit schwindelerregenden Summen belohnt wird, dann wird ein Kartenhaus errichtet, das irgendwann einstürzen muss. Inzwischen versteht jeder, was Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 gefordert hat: Wir brauchen international eine Wirtschaftsordnung, die von Verantwortungsbewusstsein getragen wird und sich an den Prinzipien des „ehrbaren Kaufmanns“ orientiert. Diese verantwortungsbewusste Wirtschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Ordnung, die von der CDU in Deutschland durchgesetzt wurde. Sie ist die Ordnung, die unser Land stark gemacht hat. In der Sozialen Marktwirtschaft sichert der Staat den Rahmen, in dem die Menschen frei handeln. Er stellt sicher, dass fairer Wettbewerb Arbeitsplätze schafft, Leistung belohnt und Schwache schützt. Materieller Wohlstand allein ist nie genug – Erfüllung und Zufriedenheit bemessen sich auch danach, wie viel Mitmenschlichkeit, wie viel Zuwendung, wie viel Zusammenhalt es in unserer Gesellschaft gibt. Der Krise und ihren Ursachen setzt die CDU die Wertevorstellungen entgegen, für die wir immer eingetreten sind und eintreten werden: Wir handeln verantwortlich auch über den Tag hinaus und denken an unsere Nachkommen. Wertschöpfung und Wertschätzung gehören zusammen. Diese Prinzipien wollen wir jetzt international verankern, damit wir verhindern, dass uns Verantwortungslosigkeit noch einmal in eine so schwierige wirtschaftliche Lage bringt.

Wir behalten in der Krise unsere Ziele im Blick und lassen nicht zu, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Denn auch jetzt müssen Wirtschaft und Umwelt zusammen gedacht werden. Es geht immer um die Menschen. Wohlstand in einer zerstörten Umwelt ist kein Wohlstand. Wir verbinden die wichtigen Ziele und richten unsere Politik daran aus. Wohlstand und Klimaschutz wie auch Frieden in Freiheit sind immer die beiden Seiten einer

Medaille.

Die Aufgabe unserer Zeit ist nicht einfach. Sie verlangt eine vertrauensvolle, beständige und verlässliche Zusammenarbeit mit allen wichtigen Partnern auf der Welt. Sie verlangt das Vertrauen, das Bundeskanzlerin Angela Merkel heute in Europa und der Welt genießt.

Nur das entschlossene Handeln der von ihr geführten Bundesregierung hat im Herbst 2008 das Schlimmste verhindert. Innerhalb von Tagen haben Bund und Länder angesichts der akuten internationalen Finanzmarktkrise Entscheidungen getroffen, von denen wir heute sagen können: Sie haben Deutschland vor großem Schaden bewahrt. Für die CDU ist klar: Im Augenblick der Not muss der Staat einspringen – aber nur dann. Denn es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Rolle des Staates falsch verstünden und ihm nun auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen wollten. Genau das will die CDU nicht. Wir haben hohe Achtung vor der unternehmerischen Verantwortungsbereitschaft, ohne die Arbeitsplätze nicht geschaffen werden können. Dem Irrglauben, der Staat sei der bessere Unternehmer, treten wir entschieden entgegen. Staatswirtschaften schaffen keinen Wohlstand, sondern sie nehmen den Menschen die Freiheit. Darum lehnen wir es ab, dass der Staat unternehmerische Entscheidungen an sich zieht. Aber wir treten dafür ein, dass er Hüter der Ordnung ist. Er muss helfen, dass die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft neu geweckt werden.

Die Welt muss zeigen, dass sie ihre Lektion gelernt hat. Nach der Krise darf es nicht so weitergehen wie vor der Krise. Die erfolgreichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft müssen europa- und weltweit verankert werden. Die europäisch und international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes (G20 in London) sind der erste Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung. Als zweiter Schritt muss nun eine zügige Umsetzung der europäischen und internationalen Beschlüsse zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen folgen. Dafür ist der G20-Gipfel in Pittsburgh eine wichtige Station.

Wegen weiterer Einzelheiten darf ich Sie auf die näheren Ausführungen in unserem Regierungsprogramm, hier insbesondere das Kapitel "Faire Regeln für internationale Finanzmärkte und Weltwirtschaft" (S. 27), verweisen, das Sie unter <http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf> herunterladen können.

Mit freundlichen Grüßen

Marcus Weinberg MdB

-----  
Büro Marcus Weinberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 - 227 74092  
Telefax: 030 - 227 76106

***Kommentar von Detlev von Larcher, Mitglied des Attac-Koordinierungskreises:***

*Die Erkenntnis, dass es eines soliden Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte braucht und die Rückbesinnung auf die ursprüngliche Idee einer Sozialen Marktwirtschaft von Müller-Armack und Ludwig Ehrhard kommt reichlich spät. Vor der Krise galt: Der Staat solle sich*

*nicht einmischen in rational funktionierende Märkte. Und das glaubt Herr Weinberg ja immer noch: Nur in der Not soll der Staat, d.h. bei ihm eben auch die SteuerzahlerInnen eintreten. Der Hinweis auf individuelle Verantwortungslosigkeit zeigt, dass Herr Weinberg die systemischen Krisen nicht begreift. Dafür gibt es viel Dampfgeplauder über hehre Werte. Der Hinweis auf die Aktivitäten zur Bankenrettung und zur Stützung der Konjunktur sind ebenso wenig Antworten auf unsere Fragen wie der Hinweis auf G 20. Offenbar hält er die Abwälzung der Krisenkosten auf die Gesellschaft für richtig.*